

## Exekutiv Order 23112022

Der Bundesstaat Preußen weist hiermit an, daß das gültige Recht absolut einzuhalten wird. Wir dulden keine Söldner auf unserem Territorium, die unsere Völker niederschlagen und plündern. Nach Militärgesetz Nr. 161 ist Ausländern der Aufenthalt auf unserem Territorium nicht erlaubt. Diejenigen, die Dienstanweisungen geben verantworten vollumfänglich die Rechtsfolgen.

Preußische KZ fallen unter den völkerrechtlichen Schutz und liegen nicht in Ihrer Zuständigkeit. Gleiches trifft für Bundesstaatsbürger und die Celtic Nation Glaubensgemeinschaften zu. Daß ist Hoheitsgebiet und da haben Ihre Personen nichts zu suchen.

Der Zoll, Bundespolizei und die Polizei haben keine Hoheitsrechte und dürfen die deutschen Völker weder kontrollieren noch verfolgen. Dafür existiert kein Gesetz und ausnahmslos haftet jeder privat. Nach Einigungsvertrag Artikel 2 Anlage 1 Kap 1 ist das gültige Besatzungsrecht veröffentlicht.

Eine Bestallungsurkunde kann ebenfalls niemand vorweisen, geschweige denn eine Tätigkeitsgenehmigung nach Militärgesetz Nummer 2, Artikel V, Absatz 9 der alliierten Militärregierung. Das Militärregierungsgesetz Nr. 53 (MRG Nr. 53) hat bis heute Gültigkeit (siehe Urteil BGH 5 StR 97/99 - v. 21. April 1999 (LG Berlin)). Niemand darf wegen Schulden verhaftet werden.

Für besetzte Gebiete gelten im völkerrechtlichen Rahmen die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung (HLKO) mit Vorrang vor allen anderen Besetzen in Deutschland. Dieses Übereinkommen wurde durch Annahme des Bundestages mit Zustimmung des Bundesrates am 13. Januar 1994 in den Gesetzesstand erhoben. Laut geltenden Art. 46 der „HLKO“ - Landkriegsordnung: " Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden". Laut geltenden Art. 47 der "HLKO" - Landkriegsordnung: " Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt".

Militärgesetz Nr. 4. Eine Veröffentlichung unter dem Namen „Military Government Gazette Germany“ (Amtsblatt der Militärregierung-Deutschland) wird von Zeit zu Zeit in jedem Gebiete Deutschlands erscheinen, das von Armeegruppen unter dem Kommando des Obersten Befehlshabers der Alliierten Streitkräfte besetzt ist. Dieses muß in allen Behörden ausliegen.

Kriegsverbrechen verfahren nicht.



Ulrich der Erste  
Vermeser  
Groß Berlin, den 06. Dezember 2022

*Ulrich der Erste*